

# BUCHBESPRECHUNGEN

## DER MENSCH IM BETRIEB

Freiheit und Persönlichkeit — Möglichkeiten und Grenzen. Veröffentlichung der Walter-Raymond-Stiftung, Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1962. 2 Bände (180 und 350 S.), Ln. zusammen 28,60 DM.

In diesem Werk sind 18 Referate und einige Diskussionsbeiträge zusammengefaßt, die auf Tagungen der Walter - Raymond - Stiftung (Deutsche Arbeitgeberverbände) zurückgehen. Die Fragen „Mensch und Betrieb“ und „Mensch und Maschine“ gehören zu den großen Fragen der Gegenwart, es sind Probleme, die noch der Lösung harren. Daß eine solche Lösung schwierig und langwierig sein wird, das lassen diese beiden Bände ahnen: Da wird der „Mensch im Betrieb“ aus sehr verschiedenen „Sichten“ betrachtet, so u. a. aus politischer Sicht, aus religiöser Sicht, aus pädagogischer Sicht, aus gesamtdeutscher Sicht, aus der Sicht der Naturwissenschaften usw., usw. Ob das dem arbeitenden Menschen angemessen ist? Ob ihm das dient? Problematisch ist nicht nur das Spektrum verschiedener „Sichten“ — es gibt ja auch keine Einheitsgestalt, die den Namen „der Mensch im Betrieb“ führt. Bereits in einer Gruppe von Arbeitern können sehr verschiedene Individuen sein mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Ansprüchen und Verhaltensweisen. In den Betrieben sind aber, neben den Arbeitern, auch Vorarbeiter, Meister, Angestellte, Lehrlinge, Manager u. a. m. tätig. Da darf man nicht verallgemeinernd vom „Menschen im Betrieb“ sprechen.

Für die Referate hatte man namhafte Wissenschaftler verpflichtet, unter ihnen die Professoren *Litt*, *Dahrendorf* und *Bahrtdt*. Das, was diese Gelehrten vorgetragen haben, ist sehr lesenswert, instruktiv und anregend. Wohltuend ist, daß sich die meisten Referenten nicht in theoretischen Betrachtungen oder gar in Spekulationen verloren, sondern ihre Aussagen an der Praxis orientierten und sich auf betriebssoziologische Untersuchungen stützten.

Während man dem, was die Wissenschaftler vortragen, meist zustimmen kann, wecken die „Einleitung“ von *Ludwig Vaubel* und eine „Grundsätzliche Betrachtung“, für die das Kuratorium der Stiftung verantwortlich zeichnet, Widerspruch. Hier triumphiert die Ideologie, da wird schlankweg behauptet, der Arbeiter erfahre im modernen Industriebetrieb einen „Persönlichkeitsgewinn“, er habe viele Aufstiegschancen, unsere soziale Ordnung verschaffe dem Menschen im Betrieb ein „starkes Maß von Unabhängigkeit“ (S. 27). Man unterstellt, daß der Arbeiter im Betrieb „selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen“ vermöge und daß er die Freiheit habe, „die menschlichen Beziehungen in seiner Um-

gebung positiv zu gestalten“ (S. 17). Davon ist nun leider nichts wahr. Unwahr ist auch die Behauptung, das Betriebsverfassungsgesetz gewähre Mitbestimmungsrechte „wie in keinem anderen Lande der Welt“ (S. 26). Soziologische Erhebungen haben ergeben, daß die meisten Arbeiter mit ihrer Arbeit unzufrieden sind. Ältere Arbeiter sind vorwiegend der Meinung, daß sie im Dritten Reich mehr gegolten hätten als heute! Für die Arbeiter ist die Gesellschaft zweigeteilt (Dichotomie), wobei der Arbeiter unten steht und sich benachteiligt fühlt (das erbrachten die Untersuchungen von *Bahrtdt*, *Popitz*, *Pirker* u. a. m.).

Die Struktur unserer modernen Arbeitswelt, die noch immer eine Herrschaftsstruktur ist, verwehrt in der Regel dem Arbeiter die Entfaltung seiner Persönlichkeit, wie sie der Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert. Nur ein Beispiel: Den meisten Arbeitern, die Schichtarbeit verrichten, ist es nahezu unmöglich, Volkshochschulkurse und Gewerkschaftsveranstaltungen zu besuchen, weil fast alle Arbeitgeber sich weigern, entsprechenden Schichtverlegungen zuzustimmen. Muß sich ein solcher Arbeiter nicht in seiner Weiterbildung anderen gegenüber benachteiligt fühlen?

Überrascht ist man, unter den Referenten auch den Präsidenten des Bundestages zu finden. Obwohl *Eugen Gerstenmaier* selbst weiß, daß er „in betrieblichen Dingen nur wenig versiert ist“, urteilt er dennoch über diese Probleme. Was er sagt, das stimmt traurig. Er stellt sich ganz auf den Boden der Arbeitgeberverbände, indem er gegen das Mitbestimmungsrecht polemisiert und die Unternehmerinitiative hochlobt. Für ihn würde ein Mitbestimmungsrecht die Wirtschaft „verparlamentarisieren“ (S. 38). Das würde nach seiner Auffassung die Leistungskraft der Wirtschaft schmälern, und das könne nicht zugelassen werden. Wie schade, daß der Präsident des höchsten deutschen Parlaments so häßlich von einer „Verparlamentarisierung“ spricht! Ist ihm nicht bekannt, daß fast alle Einwände, die man heute gegen die Wirtschaftsdemokratie vorbringt, einst auch gegen die politische Demokratie vorgebracht wurden? Früher hieß es, die Führung und Ordnung eines Staates bedürfe eines Kaisers, er dürfe nicht durch ein Parlament behindert werden. Heute heißt es, zur Führung eines Industriebetriebes bedürfe es eines autokratischen Unternehmers. *Eugen Gerstenmaier*, ein bedeutender Repräsentant des demokratischen Staates, sollte der Sache der Demokratie nicht dadurch einen Bärendienst erweisen, daß er gegen parlamentarische Institutionen und demokratische Prinzipien zu Felde zieht.

Die soziale Ordnung der modernen Arbeitswelt ist ein drängendes Problem unserer Zeit. Die moderne Produktionstechnik hat zur Kooperation von Arbeit und Kapital geführt, aber die Kooperation vollzieht sich in der

Form der Subordination. Anzustreben ist, daß künftig die Kooperation den Charakter der Koordination erhält (genossenschaftliches Prinzip, Mitbestimmungsrecht). Die Arbeitswelt in ihrer gegenwärtigen Struktur bildet einen Fremdkörper innerhalb einer Gesellschaft, die sich frei und demokratisch nennt. Der Arbeiter ist Objekt der betrieblichen Planung, weil er als Mensch nicht ernst genommen wird (siehe dazu: „Gibt es noch ein Proletariat?“ Frankfurt 1962). Erschreckend sind Berichte von Pfarrern, die im Steinkohlenbergbau und in der Hüttenindustrie gearbeitet haben. Sie haben erfahren, daß in den Großbetrieben die Menschenwürde der dort tätigen Arbeiter mißachtet wird. Wie wenig Rücksicht auf den Menschen genommen wird, wie gering seine Chancen sind, seine Umwelt positiv zu beeinflussen (wie es auf der Tagung der Raymond-Stiftung behauptet wurde), das erkennt man beispielsweise daran, daß es für Belastung und Leistung von Maschinen und Werkzeugen Vorschriften gibt, die eine optimale Nutzung anstreben. Für den Einsatz des Menschen im Produktionsprozeß gibt es keine Vorschriften, die eine optimale Belastung gewährleisten: Das Akkordsystem und Gedingesystem (im Bergbau) zielen im Gegenteil darauf ab, den Arbeiter zu maximaler Leistung anzustacheln. Die Folge davon ist u. a. Frühinvalidität.

Mit einem Wort: Wir sehen in der modernen Arbeitswelt eine Fülle offener Fragen und unerledigter Aufgaben. In den beiden Büchern der Arbeitgeberverbände mit dem anspruchsvollen Titel „Der Mensch im Betrieb“ finden wir von dieser Problematik fast nichts. Man kann sich dort nicht von der Ideologie lösen, man geht geradezu selbstverständlich von der Annahme aus, daß Freiheit und Menschenwürde auch im Industriebetrieb gegeben seien.

Walter Köpping

VANCE PACKARD

DIE WEHRLOSE GESELLSCHAFT

Econ-Verlag, Düsseldorf 1964. Ln. 419 S\* 19,80 DM.

Man legt das Buch erschüttert aus der Hand. Gibt es so etwas wirklich? Tatsachen oder Ausgebirten einer krankhaften Phantasie? — Tatsächlich, der normale Durchschnittsbürger muß ungläubig den Kopf schütteln, wenn er diese Orgie amtlicher und nichtamtlicher Überwachung, Bespitzelung, Eindringens in die Intimsphäre des Mitbürgers liest, wie sie heute schon in den Vereinigten Staaten von Amerika — bloß dort? — gang und gäbe ist.

„Individuum in Not“, diese Überschrift des ersten Kapitels des ersten Teils könnte man als den Leitgedanken des ganzen Buches bezeichnen. Die moderne Technik und nicht nur sie, sondern die gesamte Organisation der Gesellschaft im staatlichen, wirtschaftlichen Sek-

tor, ja sogar im Bildungsbereich, an Schulen und Universitäten macht es möglich, daß der Einzelne immer weniger ureigenen Lebensraum hat, sondern zu einem irgendwie „erfaßten“ Glied eines Ganzen oder einer sich als Ganzheit aufspielenden Gruppe wird. Gedacht ist hier nicht an die „Vermassung“, an die Einschmelzung des Individuellen in ein allgemeingültiges oder als gültig angesehenes Niveau, gemeint ist nicht seine „Gleichschaltung“, sondern viel schlimmer: Das Bloßlegen des Individuums durch Fragebogen, Lügendetektoren, psychologische Analysen, kartothekmäßige Erfassung aus oft ganz unwichtigen Anlässen.

Gewiß: das moderne Leben ist nicht mehr denkbar ohne Auskunfteien, Personenregister und Karteien jeglicher Art. Was man aber in den USA (und anderswo?) treibt, geht entschieden zu weit. Das Anzapfen von Telefonen — eine Methode der Überwachung, die auch hierzulande neuerdings von sich reden macht —, die Durchforschung des Lebenslaufes, der derzeitigen Lebenshaltung, des Familienstandes, der politischen und religiösen Gesinnung bei Einstellung von Beamten, ja sogar von Angestellten in der Privatwirtschaft, vom Pförtner bis zum Direktor, muß zum Erlöschen jeder Individualität führen, wenn — und das ist der Fall — der Betroffene weiß oder vermutet, daß er laufend „durchleuchtet“ wird. Eine eigene Meinung oder sogar ein Widerspruch zur Meinung des Vorgesetzten wird zu einem Wagnis, dem sich niemand mehr aussetzen will.

So entsteht eine „Masse Mensch“, die zwar weitestgehend „konform“ ist, aber gerade hierdurch zu willensloser „Unmenschlichkeit“ degradiert wird. Die Menschenwürde geht verloren. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Intimsphäre des Menschen immer mehr eingengt wird und so unersetzbare Werte der Gesellschaft verlorengehen. Man muß beachten, daß das menschliche Sein sich aus der Polarität von Individuum und sozialem Ganzen entwickelt, daß eine gesunde Gesellschaft nur existieren kann, wenn die beiden Pole, der Einzelne und die Gesellschaft, intakt sind. Was Vance Packard schildert, bedeutet den Untergang des Individuums, bedeutet den Verlust der *einen* Komponente unserer Zivilisation und Kultur. Die Bloßlegung des Lebens des Einzelnen, die gnadenlose Enthüllung der Intimsphäre ist schon jetzt so weit gediehen, daß sie eine Gefahr für unsere Kulturgesellschaft bildet.

Man muß das Buch lesen, dessen Originaltitel „The naked Society“ übrigens besser den Inhalt umreißt als der obige deutsche Titel des Buches. Denn nackt und bloß, hüllenlos steht das Individuum vor den Augen der Überwachungsorgane und Überwachungsinstanzen. Vor einer Überwachung, mit deren Ergebnissen kleine und große Firmen noch ein

gutes Geschäft machen können durch Verkaufen von Informationen an jeden, der den verlangten Preis zahlen will.

Gibt es ein Halt oder sogar ein Zurück auf diesem Wege? Ich fürchte, daß leider ein „Nein“ die Antwort auf diese Frage sein muß. Es ist geradezu unheimlich, wie in dem Lande, das sich gern als Verteidiger der Freiheit des Individuums in Szene setzt, Methoden, die fatal an das Gebaren in totalitären Staaten erinnern, zu einer alltäglichen Angelegenheit und zu einer landläufigen Ware, zu einem Objekt spekulativen Handels — und *Handelns* —, zu einer Waffe der Obrigkeit im Kampfe gegen das eigenwillige Individuum geworden sind. Es ist unheimlich zu denken, daß all dies auch auf uns zukommen könnte.  
*Dr. Franz Theunert*

#### HEINZ HARTMUT VOGEL JENSEITS VON MACHT UND ANARCHIE

Die Sozialordnung der Freiheit. Westdeutscher Verlag, Köln u. Opladen 1963. 156 S., Ln. 27 DM, brosch. 24 DM.

Die gesellschaftliche und technisch-ökonomische Ordnung, die dem Menschen dienen soll, raubt ihm in Wirklichkeit die Freiheit. Im Osten kann ein „konsequent zentralgeplantes Gesellschaftssystem die ‚freie Entfaltung der Persönlichkeit‘ als gemeinschaftsbildendes und tragendes Element nicht dulden“, aber auch „in jenen Ländern, die sich zum sogenannten ‚freien Westen‘ zählen... ist auf sozialem Gebiet dasselbe Nützlichkeits- und Zweckdenken am Werk, lediglich . . . gehemmt durch eine . . . liberale Tradition“. (S. 14)

Der Verfasser will — und niemand wird ihm da widersprechen — die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ sichern, die durch nichts behindert werden darf und von der staatlichen Rechtsordnung garantiert werden muß. Keinerlei Privilegien, Vorrechte, Begünstigungen sind erlaubt; unterschiedliche Chancen werden als „ein Verstoß gegen das in der Menschenwürde verankerte Selbstbestimmungsrecht“ (S. 18) betrachtet. Ja sogar die „Einebnung sämtlicher Standes- und Einkommensprivilegien einer schon lange korrumpierten Gesellschaftstradition“ (S. 19) wird verlangt.

Aber — das alles erweist sich, je länger man liest, als eine im besten Fall theoretische Radikalität. Sie vermag auf Anhieb zwar selbst einem versprengten Altsozialisten das Staunen beizubringen —, doch die Überraschung hält nicht lang.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik paßt gewiß nicht auf das geschilderte Modell — dennoch wird sie gelobt. Kein Wort von der Ungerechtigkeit der Währungsreform, die einige mit einem Sportwagen und alle ande-

ren mit einem Tretroller oder zu Fuß ins Wirtschaftsrennen schickte, um einen fröhlichen „Wettbewerb“ zu treiben; kein Wort vom dementsprechenden „Streckenabstand“ (sprich: Vermögensbildung = Startchancen) in den letzten 15 Jahren . . .

Der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ spielt eine führende Rolle im Konzept des Verfassers. Aber es gehört schon eine gehörige Portion Unbekümmertheit dazu, von „sozialer Gerechtigkeit“ auch dann zu reden, wenn nichts anderes als eine liberalistische Ideologie gemeint ist. „Soziale Gerechtigkeit“ ist keine mathematische Größe und auch kein „Zustand“ (S. 34). Sie wird entweder widerspruchslos zudikiert oder von freien Menschen erstritten. Ohne den Willen zur Veränderung und ohne die erforderliche Macht, um diese Veränderung zu erreichen, bleiben die schönsten Vokabeln reine Soziallyrik. — Für den Verfasser ist aber Macht „der Feind der Freiheit“ (S. 70) und: „Die Freiheit ist unteilbar“ (S. 31 und 100). Diesem Irrtum hängen freilich nicht nur Liberale an; die Wirklichkeit, die in jedem Land, an jedem Breitengrad nachweist, *wie* sehr die Freiheit teilbar ist, vermag da offenbar nichts auszurichten.

Immer wieder erweckt der Verfasser die Hoffnung, man habe ihn mißverstanden, vor allem in den Kapiteln, in denen Wirtschaftstheorie und Kulturphilosophie auf die Zeilenreise geschickt werden. Man blättert zurück und liest noch einmal: „Im gesellschaftlichen Leben die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, ist keine moralische Forderung an den einzelnen, sondern eine von der Wirtschaftsgesetzgebung zu beantwortende Ordnungsfrage“ (S. 62). Aber der Verfasser klärt dann doch immer wieder redlich den Irrtum auf.

Den Liberalen ist unsere Demokratie ja gerade deswegen suspekt, weil sie den sozialen Sog nicht genügend bremst, ja sogar allen möglichen „Sozialisierungen“ Vorschub leistet. Selbst die Schulgeldfreiheit betrachtet der Verfasser als eine „Sozialisierung des Erziehungswesens“, die „an die Stelle der Einzelinitiative und selbstverantwortlichen unternehmerischen Leistung die unpersönliche und somit anonyme Kollektiventscheidung mit . . . polizeistaatlichen Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen“ (S. 26) setzt. Für ihn ist es eine „mittelalterliche Bevormundung“ (S. 76), wenn der Staat die Aufsicht über das Schulwesen ausübt.

Nach liberaler Tradition hat der Staat möglichst nirgendwo etwas zu suchen. Freier Wettbewerb — das gilt nicht nur für Suppenwürfel, das gilt auch für Schulbildung und Erziehung; alles unter der Devise der Freiheit und zum Schutz des Elternrechts. Daß in Wirklichkeit diese Verantwortung viele Eltern vielleicht nicht übernehmen *wollen*, die meisten aber bestimmt nicht übernehmen

können, hat kein Gewicht, wenn es darum geht, den Staat zu vertreiben. Ist das gemeint, wenn der Neoliberalismus, der sich „um eine Ordnung des selbstregulativen, sozialen Gleichgewichts“ (S. 136) bemüht, von einer „freien“ Ordnung der Gesellschaft spricht? Im Kultur-Kapitel gegen Ende des Buches und bei der Schilderung des „freien Bildungswesens“, wie der Verfasser es versteht, drängt sich manchmal der Eindruck auf: das kann doch nicht wahr sein, das ist doch wohl nicht sein Ernst. Das Motto scheint zu sein: alles ist recht, wenn es nur nicht der Staat ist. Vielleicht trägt die kulturphilosophische und ontologische Rundumfahrt dieses Kapitels dazu bei, dem Leser die Orientierung zu erschweren. Jedenfalls sorgt es — nach einigen hoffnungsvollen Zweifeln — am Ende für die Einsicht: das Buch ist nicht nur „Jenseits von Macht und Anarchie“, sondern auch jenseits von allem anderen. *Alfred Horné*

#### OSSIP K. FLECHTHEIM EINE WELT ODER KEINE?

Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1964. 266 S., Paperback 14,80 DM.

Zu den in Deutschland nicht häufigen Professoren, die Mut und Fähigkeit zu journalistischen Arbeiten haben, gehört Ossip K. Flechtheim. Er geht davon aus, daß unser Überleben angesichts der unabwendbaren zivilisatorischen Rationalisierung davon abhängt, „ob es uns gelingt, ein dynamisches Gleichgewicht zwischen den politisch-ökonomischen Institutionen einerseits, den seelisch-körperlichen Bedürfnissen des Menschen andererseits herzustellen und aufrechtzuerhalten“. Dieses Ziel sei nur zu erreichen, wenn die „Übermächte“ den „kalten Krieg“ bald beenden und die nördliche Hemisphäre in eine Werk- und Lehrstatt für die hungernden Milliarden der südlichen Halbkugel verwandelt wird.

Die Aufsätze lassen sich in vier Gruppen einteilen. In „Politik, Politologie und Philosophie“, „Otopie, Gegenutopie und Futurologie“ lernen wir Flechtheims Auffassungen über Aufgaben und Möglichkeiten politischer Wissenschaft kennen. Ihm kommt es darauf an, „Futurologie“ d. h. „Zukunftsforschung“ zu treiben. Die Reife der Sozialwissenschaften erkenne man daran, wie weit sie richtige Prognosen aufstellen könnten.

Die zweite Gruppe enthält Beiträge zur Erhellung der Krise der Demokratie. Hier definiert Flechtheim den Nationalsozialismus als „nihilistische Gegenrevolution“, erörtert er „Die Antiquiertheit des Konservatismus“ und „Das Dilemma der Demokratie“. Den letztgenannten Aufsatz halte ich für den besten dieser Sammlung. Nach Flechtheim sind die

spätbürgerlichen Demokratien „zwiespältige Gebilde, die die Wesensmerkmale sowohl einer pluralitär-demokratischen Gesellschaftsordnung wie auch eines monopolistisch-bürokratischen Zwangssystems aufweisen“. Den Anwälten des Pluralismus wirft er vor, sie würden übersehen, „daß Machtposition und Einfluß der verschiedenen Klassen, Gruppen und Lager sehr unterschiedlich sind“. Mir scheint, es wäre gewiß eine lohnende Aufgabe der Ideologieforschung, nachzuweisen, wie weit das Gerede von der „pluralistischen Gesellschaft“ eine Neuauflage des überlebten Harmoniegläubens des Wirtschaftsliberalismus ist.

Probleme des Friedens und der Politik der Gewaltlosigkeit behandelt Flechtheim in: „Die Politik der Gewalt und der ‚Gewaltlosigkeit‘“, „Die radikale Alternative“ und „Dritter Weg oder Dritter Weltkrieg“. Hier war wohl seine innere Anteilnahme besonders groß. Hier darf er wohl am meisten mit unserer Zustimmung rechnen. Wie wäre es, wenn in den Geschichtsbüchern unserer Schulen die Beispiele, die Flechtheim für erfolgreichen gewaltlosen Kampf aufzählt (S. 69 f.), endlich einmal so ausführlich und nachdrücklich dargestellt und erklärt würden, wie das für die Beispiele von falschem Heroismus gang und gäbe ist? Mystizismen wie „satanische Entfremdung“ im Zusammenhang mit Auschwitz und Warkuta, Hiroshima und Nagasaki (S. 65) sollten jedoch streng vermieden werden. Ist es nicht gerade das, was die Mitläufer der autoritären Bewegungen hören wollen? Wenn der Terror der Nazis „satanisch“ war, so war er (werden sie folgern) etwas Transzendentes, dem „wir Kleinen“ nicht widerstehen konnten, das „wir“ nicht verantworten müssen. „Ich will nichts dagegen sagen, aber es wird vom Pathos eines Volksleides auch dessen Vollzieher einiges geliehen — ich möchte glauben, daß wir mit den Worten *niedrig und gemein* auskommen“, sagte *Theodor Heuss* zu dem unangebrachten Gebrauch des Wortes „satanisch“ hinsichtlich der Naziverbrechen und ihrer Wirkung.

Schließlich setzt sich Flechtheim, der ja vor Jahren ein ausgezeichnetes, leider vergriffenes Buch über „Die KPD in der Weimarer Republik“ schrieb, mit der Situation von Kommunismus und Sozialismus in der Gegenwart auseinander. Flechtheim wählt für sich die Position eines „Sozialistischen Humanismus“, eines ethischen Sozialismus. Ich halte diese Position für ehrenwert jedoch etwas schwach. Die ethische Kultur soll die praktische herbeiführen, aber die praktische ist die Bedingung der ethischen. „Alle Verbesserung im Politischen soll von Veredlung, des Charakters ausgehen — aber wie kann sich unter den Einflüssen einer barbarischen Staatsverfassung der Charakter veredeln?“ *Schiller* fand eine idealistische Antwort. Wir wissen, wohin sie, zum deutschen Oberlehreridealismus um-

geprägt, geführt hat. Mit diesem Einwand soll nicht ethischer Indifferenz das Wort geredet werden. Wenn aber humanistische Gesinnung gesellschaftliche Wirkung haben, wenn sie mehr sein soll als die „Ohnmacht der besonderen Individualität“ (*Hegel*), müssen wir die Determinanten aufdecken, die sie fördern oder verhindern: in unserem eigenen Seelenleben (da kann *Freuds* Psychoanalyse einiges lehren) und im gesellschaftlich-historischen Prozeß; hier sollten wir die *Marxsche* Sozialanalyse anwenden, deren Geist und Verfahren Flechtheim wohl ein wenig verkennt. Vielleicht, weil er sie mit dem verwechselt, was in vielen Diskussionen hierfür gehalten wird? Wie dem auch sei, das Buch bietet viele Anregungen. Freunde, zumal politische Freunde, sind einander Respekt und Kritik schuldig. Beides haben Flechtheim und seine gedankenreichen Aufsätze verdient.

Dr. Wilfried Gottschalch

## WILHELM HENNIS POLITIK UND PRAKTISCHE PHILOSOPHIE

Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft. Band 14 der *Politica*, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, herausgegeben von Wilhelm Hennis und Hans Maier. Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied am Rhein und Berlin 1963. 132 S., Ln. 12,50 D-Mark.

In den Sozialwissenschaften, also den Wissenschaften vom Zusammenleben der Menschen, herrscht keineswegs Einigkeit über die Aufgaben und Methoden wissenschaftlichen Forschern. Meinungsverschiedenheiten bestehen schon über die Ziele, denen der Wissenschaftler dienen soll, dann auch über die besten Wege, um bestimmte Ziele zu erreichen. Besonders strittig ist immer noch die Frage, ob es dem Wissenschaftler erlaubt sein soll, über die Erforschung der Wirklichkeit hinaus auch Wertungen vorzunehmen, etwa moralische Kritik zu üben oder politische Forderungen zu erleben. Während Vertreter der einen Richtung dem Wissenschaftler jegliche Wertäußerungen untersagen, anderenfalls er nicht mehr als Wissenschaftler gelten könne, stehen die Anhänger des anderen Lagers auf dem Standpunkt, daß Wertungen mit Wissenschaftlichkeit durchaus vereinbar oder gar untrennbar verbunden sind.

Langsam, aber merklich dringt auch in der Bundesrepublik die Auffassung der „Wertfreien“ vor. Damit sind diejenigen in der Defensive, die für eine wertende Wissenschaft plädieren; sie unternehmen jedoch nicht selten energische Gegenangriffe, so daß von Resignation nicht die Rede sein kann. Besonders in der Politischen Wissenschaft findet man erheblichen Widerstand gegen die Auffassung einer wertfreien, empirischen Wissenschaft, und Wilhelm Hennis, Ordinarius für diese Diszi-

plin an der Universität Hamburg, liefert mit seiner vorliegenden Schrift dazu einen bemerkenswerten Beitrag.

Hennis' Sympathie gehört jener traditionellen Auffassung von Politischer Wissenschaft, die in ihrer Orientierung am Begriff des Gemeinwohls eindeutig wertend ist. Er beklagt, daß mit der praktischen Philosophie auch die Politische Wissenschaft alter, bewährter Prägung zurückgedrängt worden ist durch das neue Wissenschaftsideal, durch die Ansprüche eines rein theoretischen Wissenschaftsbegriffs. Der damit verbundene Verzicht auf Werturteile, auf die Bestimmung dessen, „was im Leben Bedeutung und Wert besitzt“, habe die Politische Wissenschaft um jene Zielorientierung gebracht, „die ihrer Arbeit allein Gehalt und Lebensinn geben könne. Die praktische Philosophie, und mit ihr die Politische Wissenschaft, steht und fällt mit der Anerkennung, daß das Fällen von Werturteilen, die Bestimmung des aufgegebenen Zieles menschlichen Handelns und Zusammenlebens, die Erörterung des ‚Staatszweckes‘, eine legitime wissenschaftliche Aufgabe ist... Daß die doktrinaire Verabsolutierung der kausalwissenschaftlichen Forschungsmethode die Wissenschaften vom Menschen um ihre leitende Fragestellung gebracht hat, ist offenkundig. *Alfred Cobban* hat mit Recht vom traditionellen politischen Denken gesagt, sein Ziel sei gewesen, ‚ein Werturteil zu fällen und festzustellen, welche Form politischer Tätigkeit die beste sei‘...“

Die Arbeit von Hennis kann als eine materialreiche Dokumentation dieser traditionellen Auffassung gelten. In überzeugender Weise wird diese Art der Politikwissenschaft in das ältere Wissenschaftssystem eingeordnet, wird ihre Ausrichtung an den Fragen der praktischen Philosophie nachgewiesen und vor allem auch ihre „teleologische Orientierung“, d. h. der Bezug auf Ziele und Wertvorstellungen gezeigt. So ist das Werk von Hennis zunächst einmal ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Politischen Wissenschaft.

Ob man jedoch dem Verfasser in seinen Angriffen gegen die moderne Wissenschaftslehre folgen und seiner Forderung nach einer wertenden Politikwissenschaft zustimmen soll, ist eine andere Frage. Hier argumentiert Hennis nicht immer zwingend. Nach seiner Ansicht ist die Konzeption einer wertfreien, empirischen Wissenschaft schon deshalb nicht sehr fruchtbar für die Politische Wissenschaft, weil es diese nur am Rande mit quantifizierbaren Größen zu tun habe. Abgesehen davon, daß die empirische Wissenschaft nicht auf größenmäßig exakt erfaßbare Phänomene beschränkt sein muß, kann man sehr darüber streiten, ob quantifizierbare Größen tatsächlich nur am Rande der Politischen Wissenschaft liegen; und selbst wenn das so wäre, könnte es sein, daß das weniger in der Sache

selbst als in dem geisteswissenschaftlichen Ressentiment mancher Politikwissenschaftler gegen präzise Forschungstechniken begründet ist.

Offenbar kommt es Hennis auch mehr auf einen anderen Einwand gegen eine rein empirische Politische Wissenschaft an. Der Verzicht auf Wertungen, so meint er, verwehre der empirischen Wissenschaft den Bezug auf Werte und daher rühre die „eigentümliche Orientierungslosigkeit und Zukunftsblindheit des zeitgenössischen politischen Denkens“. Nun kann aber eine empirische, auf jegliche Wertungen verzichtende Wissenschaft durchaus auf Werte ausgerichtet sein, z. B. auch auf diejenigen, auf die es Hennis ankommt. Es ist ein Mißverständnis zu glauben, die wertfreie Wissenschaft könne keine wesentlichen Beiträge zur Lösung praktischer Probleme liefern. Der Sozialwissenschaftler kann ein wertfreies Forschen ohne weiteres in den Dienst der Praxis stellen, z. B. dadurch, daß er sich bei der Auswahl der von ihm zu bearbeitenden fachlichen Probleme von seinen politischen Wertvorstellungen leiten läßt.

Natürlich loten diese kurzen Bemerkungen das Problem der wertenden oder wertfreien Politischen Wissenschaft nicht aus, und die Fülle interessanter Gedanken, die Hennis zu dieser und zu anderen Fragen in seinem Buch anbietet, macht die Lektüre lohnend. Das gilt um so mehr, als es hier nicht nur um das Selbstverständnis irgendeiner wissenschaftlichen Disziplin geht, was Außenstehende vielleicht nicht sonderlich interessiert; es geht ja auch — und damit handelt das Buch von einem der zentralen Probleme unserer Zeit — um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

*Dr. Heiner Flohr*

#### GEORGES BURDEAU EINFÜHRUNG IN DIE POLITISCHE WISSENSCHAFT

Verlag Luchterhand, Neuwied 1964. Reihe Politica, Bd. 12. 502 S., Ln. 36 DM.

Georges Burdeau, Professor des öffentlichen Rechts an der Faculte de Droit et de Sciences Economiques in Paris und Verfasser des siebenbändigen „Traite des Sciences Politiques“ (Paris 1950 ff.) stellt sich mit diesem Buch einem breiteren deutschen Publikum vor. Das Werk, dessen französische Ausgabe 1959 erschien, möchte ein „Lehrbuch über die Methoden“ (S. 241) der politischen Wissenschaft sein; es will keine Lösungen bieten, sondern nur Wege aufzeigen, die zu Lösungen führen können (S. 462).

In der Tat erscheint für eine Wissenschaft, die als selbständige Disziplin noch so jung ist, der Versuch einer umfassenden Bestimmung dessen, was sie ist und welche Aufgaben sie

hat, dringend erforderlich, denn ihre Existenzberechtigung ist noch heute umstritten, weil sie weder einen nur ihr zukommenden Gegenstand noch eine einheitliche Methode hat (vgl. S. 9).

Den Gegenstand der politischen Wissenschaft sieht Burdeau im Politischen im weitesten Sinne des Wortes: „Das Politische betrifft alles, was sich auf die Macht bezieht“ (S. 79). Sie soll gegenüber den übrigen Sozialwissenschaften, die sich mit je einem Teilbereich dieses Gebietes befassen, die „Wissenschaft der Synthese“ (S. 25) sein, um über deren Ergebnisse zu einer Gesamtansicht vom Politischen zu gelangen und den Einzelwissenschaften von hier aus ihren besonderen Platz im Ganzen klarzumachen und ihnen bestimmte Anregungen zu geben (S. 11 ff.; 163 f.).

So notwendig es sicherlich ist, daß die einzelnen Sozialwissenschaften die Ergebnisse ihrer Nachbardisziplinen zur Kenntnis nehmen und ihre Forschungen koordinieren, so dürfte doch der Anspruch der politischen Wissenschaft, den gleichen Rang einzunehmen wie früher die Philosophie, bei den übrigen Sozialwissenschaften wenig Gegenliebe finden

Hinsichtlich des Zweckes der politischen Wissenschaft distanziert sich Burdeau vom Pragmatismus der amerikanischen wie der sowjetischen Wissenschaft, die beide zur Lösung praktischer Fragen beitragen wollen, wenn sie auch konkret verschiedene Ziele anstreben (S. 159 ff.). Es sei nicht die Aufgabe der politischen Wissenschaft, „einem Ideal zu dienen, so erhaben es auch sein mag“ (S. 163). Burdeau möchte sie vielmehr auf die Erarbeitung von Wenn-dann-Relationen beschränken, d. h. auf die Feststellung, welche Systeme unter welchen Bedingungen möglichst konfliktfrei arbeiten (S. 450 ff.).

Mit diesem wertfreien Wissenschaftsbegriff — der Verfasser bekennt sich zur Tradition von *Max Weber* (S. 24) — gerät Burdeau freilich mehrfach in Widerspruch (S. 242, 253, 257, 267 ff.), weil Methodenlehre ohne Eingehen auf konkrete Probleme unmöglich ist und andererseits jede konkrete Analyse die Unmöglichkeit der Wertfreiheit in den Sozialwissenschaften erweist. Der Vorzug, den Burdeau der westlichen Demokratie vor den östlichen Systemen gibt, läßt sich vom besseren Funktionieren allein her nicht genügend begründen. In diesen konkreten Teilen des Buches wird deutlich, daß der Verfasser allzu selbstverständlich Ideologie und Realität gleichsetzt, wenn er von den westlichen Demokratien redet (S. 267 ff. 400, 418 f.), obwohl er selbst — theoretisch — deren kritische Unterscheidung fordert.

Burdeaus Hypothese am Schluß des Buches, daß in der modernen Welt soziale Unterschiede für das Politische kaum noch eine Rolle spielen, vielmehr eine „politische Klasse“ die

Herrschaft ausübe, die sich aus allen politisch Handelnden zusammensetzt (S. 465 ff.), ist zu wenig konkret, dürfte aber — etwa nach den Untersuchungen C. W. Mills' über die amerikanische Gesellschaft — selbst in dieser allgemeinen Form kaum zutreffen. Seine Definition: „Die Autorität der politischen Klasse ergibt sich aus der Funktion, die sie erfüllt“ (S. 467), läßt die eigentliche Frage, wie diese politische Klasse mit der übrigen Gesellschaft verflochten ist, unbeantwortet.

Die Fülle von Fragen, Hypothesen und Lösungsvorschlägen, die Burdeau in leicht verständlicher Sprache vorträgt, kann in einer Rezension nicht einmal angedeutet werden. Die Notwendigkeit konkreter Einzelanalysen in vielen Bereichen der politischen Wissenschaft wird hier überzeugend vor Augen geführt. In Wirklichkeit ist dieses Buch allerdings nicht nur eine Methodenlehre, sondern enthält auch die Ansätze zu einer Staats- und Rechtsphilosophie, die freilich, würden sie konsequent entwickelt, in einem gefährlichen Dezinismus enden würden, da die Rechtsidee mit der Macht praktisch identifiziert (S. 201 f.) und die Entscheidung, der Befehl mit *Carl Schmitt* — aber ohne ihn zu nennen — als das Zentrum des Politischen angesehen wird (vgl. bes. S. 80 ff).

Reinhard Kühnl

RICHARD C. BERNHARD  
WETTBEWERB, MONOPOLE UND  
ÖFFENTLICHES INTERESSE

Ihre Behandlung in der ökonomischen Theorie sowie im anglo-amerikanischen und deutschen Recht (Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, herausgegeben von Professor Dr. K. Paul Hensel, Universität Marburg/Lahn, Heft 3). Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1963. 155 S., kart. 18 DM.

Die vorliegende Schrift geht den Juristen und den Nationalökonomien an. Genauer: Sie wendet sich an den wirtschaftlich interessierten Juristen und an den juristisch interessierten Wirtschaftswissenschaftler. Methodisch einzuordnen wäre sie in die Rubrik der historisch-kasuistischen Literatur.

Die fünf Abschnitte, in welche sich die Arbeit gliedert, befassen sich mit nachfolgenden Themen: I. Wettbewerb, Kartelle und öffentliches Interesse in deutschen, englischen und amerikanischen Gerichtsentscheidungen zwischen 1890 und 1913. II. Rechtsnormen und ökonomische Kriterien für Monopolmacht von Großunternehmungen. III. Ökonomische Freiheit und Wettbewerbsrecht in Deutschland, England und den USA. IV. Gesetzliche Regelung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten und V. (völlig außerhalb des gegenständlichen Themenkreises) Mathematik in den Sozialwissenschaften.

Das Buch ist in leicht faßlicher und frischlebendiger Form geschrieben. Es muß als Hin-

weis auf die Schwierigkeiten verstanden werden, die sich aus dem scheinbar unvermeidlichen Auseinanderklaffen von Wirtschaftswirklichkeit, Rechtsordnung und Wirtschaftstheorie ergeben. Dem Wissenssoziologen wird es Anregungen und Material in Fülle liefern. Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

LEITARTIKEL BEWEGEN DIE WELT

Herausgegeben von Will Schaber und Walter Fabian. Cotta Verlag, Stuttgart 1964. 475 S., La. 19,80 DM.

Eine schöne, reichhaltige Sammlung von Leitartikeln aus 200 Jahren legen *Will Schaber* und *Walter Fabian* vor. Unter den Stichwörtern: Krieg und Frieden; Diktaturen; Revolutionen; Gemeinschaft, Staat, Wirtschaft; Recht und Gericht; Presse und Pressefreiheit; Betrachtungen; Nachrufe findet der Leser eine Auswahl Leitartikel, von denen die Herausgeber wohl zu recht meinen, „daß sie die Leser des Tages — die Masse oder einzelne einflußreiche Persönlichkeiten — bewegt haben. Dabei ist dieses ‚Bewegen‘ bewußt in dem weiten und verschiedenartigen Sinne verstanden, den das Wort im Deutschen wie in anderen Sprachen besitzt. In vielen Fällen mag der Leitartikel die Menschen innerlich bewegt haben, in anderen hat er sie alarmiert, erregt, entsetzt, aufgerührt, in wieder anderen hat er eine Bewegung hervorerufen oder angespornt oder aufgestachelt — manchmal hat er die Dinge bewegt oder verändert, etwas verhindert oder etwas herbeigeführt.“

Schaber und Fabian sind sich über die Tagengebundenheit der Leitartikel im klaren. Aber sie verstehen es, sie uns als literarische Zeugnisse und Zeitdokumente interessant zu machen. Das gelingt ihnen schon deshalb, weil sie in der Auslegung des Wortes „Leitartikel“ einem kleinen Oppositionsblatt aus dem Jahre 1848 folgten, das Beiträge, die seinem Redakteur wichtig erschienen, mit der Überschrift „Leitender Artikel“ versah. In diesem „leitend“ stecke etwas von dem, was die Herausgeber mit „bewegend“ meinen, steckt etwas, so darf der Rezensent ergänzen, von dem, was in die Zukunft weist.

Im Vorwort machen Schaber und Fabian darauf aufmerksam, daß es ihnen bei ihren vielseitigen Archivforschungen nicht gelungen ist, ein umfassendes Werk über Ursprung und Entwicklung des Leitartikels zu entdecken. Sie möchten mit ihrem Quellenmaterial dazu anregen, diesen Gegenstand näher zu analysieren. Ich meine, sie haben mit ihrer Sammlung nicht nur eine publizistische, sondern auch eine vorzügliche wissenschaftliche Leistung vollbracht. Unter diesem Aspekt verdienen besonders die knappen, instruktiven Vorbemerkungen zu den Artikeln Auszeichnung.

Was aber soll der Rezensent zum Inhalt sagen? Etwa: Daß ihm lieber wäre, Männer wie *Elihu Burrit* würden auch heute noch Leitartikel inserieren können, statt daß mehr oder weniger diese Möglichkeit der zwielfichtigen „Moralischen Aufrüstung“, den egoistischen „Waage-Interessenten“ und ähnlichen Gruppen vorbehalten bleibt. Daß er die klärende Proklamation *Josef Goebbels'* aus dem Jahr 1927 gerade zu Gesicht bekam, als er mit Studenten darüber diskutierte, ob und wie weit der Expressionismus vielleicht neben seinen progressiven eine faschistische Komponente enthält. Daß *Walter Fabians* Nachruf auf *Andre Gide* ihn bewegt, sich wieder einmal dem Schriftsteller zuzuwenden, von dem er als junger Abiturient entscheidende Eindrücke für seine Denkungsart erhielt. Daß ihm von *Gerlachs* Antwort auf die Frage „Woher kommen Hitlers 6 V2 Millionen Stimmen?“ mehr sagt, als manche zahlenreiche, aber inhaltsleere Wahlanalysen von heutzutage. Daß er wünscht, *Joseph E. Drexels* Aufsatz „Abbruch der deutschen Geschichte“ würde von allen Bürgern vor der nächsten Bundestagswahl gelesen und beherzigt werden . . .

Auf jeden Fall ist er froh, dieses Buch in seinem Besitz zu wissen. Er wird oft zu ihm greifen und zählt es zu jenen, die aufklären und ermutigen. Und beides ist nötig.

*Dr. Wilfried Gottschalch*

**CHARLES WRIGHT  
ULYSSES IN MANHATTAN**

Roman. Scherz Verlag, Bern und München 1964. 184 S., Ln. 14,80 DM.

Unbegreiflicherweise hat der Verlag oder der Übersetzer (*Herbert Roch*) den ebenso schlichten wie sinnvollen amerikanischen Titel „The Messenger“ (Der Bote) willkürlich durch einen literarisch hochgestochenen Phantasietitel ersetzt, der wohl an *Joyce* anklängen soll... Aber das ist auch der einzige Schönheitsfehler an diesem großartigen Buch, durch das wir — diesmal erfreulich schnell — auch in deutscher Sprache einen offenbar hochbegabten amerikanischen „Negerschriftsteller“ kennenlernen. Erst vor zwei Jahren kamen die so wichtigen und aufschlußreichen Essays und ersten Romane des jetzt etwa vierzigjährigen *James Baldwin* (vgl. GM 1963, S. 639 f.) zu uns (Repräsentant der Generation nach *Richard Wright*) — und schon ist da ein noch jüngerer, wohl etwa dreißigjähriger Dichter mit einer elementaren Begabung und faszinierenden Intelligenz.

Was Charles Wright in seinem schmalen Buch — wahrscheinlich weitgehend autobiographisch — erzählt, ist nicht heiter: Er führt uns in die fast trostlose Welt des schwarzen Mannes in Missouri und in New York, deren tiefe Traurigkeit im Grunde die Ausweglosig-

keit der amerikanischen Gesellschaft, ja des menschlichen Irrens und Leidens schlechthin ist. Mit keinem Wort theoretisiert Charles Wright darüber, sondern er schildert und gestaltet dieses Leben in ungemein plastischen Szenen, bei denen — natürlich — Sex und Alkohol und Marihuana ihre anstachelnde Rolle spielen, ohne daß die Berauschten (und der Leser) darüber die tiefe Melancholie vergessen könnten, die uns aus diesem Buch bewegend anrührt.

*Dr. Walter Fabian*

**B O R I S GOLDENBERG  
GEWERKSCHAFTEN  
IN LATEINAMERIKA**

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1964. 180 S., kart. 19,80 DM.

Der Verfasser hat sich mit der Herausgabe dieser Untersuchung, die in der Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen ist, einer schwierigen Aufgabe unterzogen. Er nennt sie mit Recht eine „Pionierarbeit“, deren Ergebnisse morgen schon zweifelhaft und überholt sein können. Das wird in den einleitenden Kapiteln, die sich mit dem Gesamtkomplex Lateinamerika, mit seiner Wirtschaft, seiner Politik, seiner so sehr unterschiedlichen Sozialstruktur aus den Gegebenheiten der heutigen Situation entwickelt, deutlich. Der Autor kennt Teile des Subkontinents aus eigener Anschauung.

Nach dem Abschnitt, der die Anfänge der Gewerkschaften in Lateinamerika behandelt, gibt Goldenberg auf der Grundlage einer umfangreichen Materialsammlung eine eingehende Schilderung der Gewerkschaftsbewegung nach dem ersten Weltkrieg. Sie befaßt sich mit den Ländern Argentinien, Chile, Kuba, Mexiko, Bolivien, Brasilien, Uruguay, Venezuela, Ekuador, Kolumbien und Peru. Dabei werden die mit dem Beginn der Industriearbeit grundlegenden Faktoren für die spezielle Entwicklung dieser Jahre erklärt. Bei der nachfolgenden Betrachtung der gewerkschaftlichen Gegenwart in der Mehrzahl der genannten Länder wird jeweils ein sehr aufschlußreiches Zahlenmaterial vermittelt. Es zeigt die sehr unterschiedlichen Existenzbedingungen, aus denen dann unter dem Einfluß ökonomischer und politischer Momente die variablen Ursachen und Formen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erwachsen. Mit den Kapiteln über die internationalen Verbindungen der lateinamerikanischen Gewerkschaften schließt das Buch ab.

Der Kapitalismus hat nach Goldenbergs Meinung „auch die Gewerkschaften aus revolutionären in ‚reformistische‘ Organisationen verwandelt, die im Rahmen der bestehenden Wirtschaft und Gesellschaft für einen größeren Anteil am Sozialprodukt und die Sonderwünsche ihrer Mitglieder eintreten“. (S. 181)



Die Analyse der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung läßt ihn dann allerdings feststellen, daß sie „als Ganzes kaum Reformistisch“, sein kann, weil „immer mehr Lateinamerikaner zum Glauben (gelangen), daß der Weg zum Fortschritt ohne schnelle tiefgehende, ja grundlegende Umgestaltung ihrer Nationen ohne ‚Revolution‘ nicht möglich ist. . .“ (S. 189). *Hermann Lücke*

ANISSE SALAH-BEY

L'ORGANISATION INTERNATIONALE  
DU TRAVAIL ET LE SYNDICALISME  
MONDIAL (1945—1960)

Librairie Médicis, Paris 1963. 279 Seiten.

Salah-Bey ist Dozent an der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Algier. Zusammen mit *Jean Meynaud* veröffentlichte er bereits eine Studie über die afrikanische Gewerkschaftsbewegung (siehe „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 5/1964, S. 315 f.). Jetzt wurde auch seine Doktorarbeit publiziert, die er an der Universität Lausanne vorlegte.

„Die Internationale Arbeitsorganisation und die Weltgewerkschaftsbewegung“ ist ein Thema, das in der jüngsten Zeit mehr Aufmerksamkeit in der „Dritten Welt“ als in den politischen Blöcken des Westens und Ostens findet. Nirgends bietet sich den Entwicklungsländern eine bessere Gelegenheit, ihre Rolle in der internationalen Politik zu spielen als in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Eine hervorragende Bedeutung hat dabei die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), ist sie doch die einzige bedeutende Weltorganisation, die die Stürme sowohl des zweiten Weltkrieges als auch des kalten Krieges überdauerte. Dabei gewann die IAO neue politische Aspekte. Jetzt begegnen sich in ihr nicht mehr nur die Vertreter der Regierungen, der Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft. Sie wurde auch Schauplatz neuer ideologischer Konflikte zwischen Ost und West und neuer sozialer Spannungen zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen. Diese vielschichtigen Begegnungen sind Studienobjekte des vorliegenden Buches.

Im ersten Teil seiner Studie beschreibt Salah-Bey die Mittel, die den internationalen Gewerkschaftsbewegungen zur Verfolgung ihrer Ziele zur Verfügung stehen. Dabei beschäftigt er sich gründlich mit Verfahrensfragen, jedoch ohne sich darin zu verlieren. Im Vordergrund der Studie steht die Schilderung der internationalen Gewerkschaftsspaltung in der Zeit von 1945 bis 1950. Ausgiebig beschreibt er Grenzen und Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Einflusses auf die und innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation und schildert die unterschiedlichen Taktiken des Internationalen Bundes

Christlicher Gewerkschaften (aktive Unterstützung der IAO), des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (Teilung der Gewalten) und des Weltgewerkschaftsbundes (Einheit der Aktion).

Im zweiten Teil verfolgt der Verfasser einzelne Spuren des gewerkschaftlichen Einflusses auf die IAO und untermauert dabei vor allem die Bedeutung der Gewerkschaftsfreiheit, die Probleme der kommunistischen Vertreter (Zwangsarbeit) und die Entstehung neuer Gewerkschaftsbewegungen in den Entwicklungsländern. Natürlich liegen ihm die afrikanischen Gewerkschaften besonders nahe.

Es ist ihm vorzüglich gelungen, den Wandel der IAO von einer mehr oder weniger europäischen Einrichtung zur wirklichen Weltorganisation zu skizzieren. Bei dieser Gelegenheit kennzeichnet er sowohl die Schwächen der jungen Gewerkschaften der Entwicklungsländer als auch die Bedeutung, die dem Ost-West-Konflikt geschenkt wurde, kurzum die „Politisierung“ der internationalen Gewerkschaftsbewegungen. Salah-Bey bedauert, daß darunter die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme leidet. Eine andere Gefahr sieht er in dem „Apparatschik“ der IAO.

Salah-Bey hat eine ernste Stimme. Wie manche anderen Sozialpolitiker der Entwicklungsländer erwartet er eine neue Versachlichung in der internationalen und interkulturellen Zusammenarbeit, einen größeren Abstand der Sozialpolitik von der politique generale. Das, was wir zur Bedingung für unsere „Entwicklungshilfe“ machen, ist schließlich auch ein Wunsch der Entwicklungsländer an uns. *Werner Plum*

FRITZ UECKER / WILHELM CLAUSSEN  
PRAKTIKABLE WEGE ZUR ERFOLGS-  
BETEILIGUNG IM RAHMEN DES  
GESETZES ZUR FÖRDERUNG DER  
VERMÖGENSBILDUNG DER  
ARBEITNEHMER

Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V. (AGP), Hilden 1963. Reihe II, Heft 6, 68 S., 4,80 DM.

Im Sommer 1961 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, durch das sogenannte „vermögenswirksame Leistungen“, die ein Arbeitgeber für einen Arbeitnehmer jährlich bis zum Betrage von 312 DM erbringt, unter bestimmten Voraussetzungen steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigt werden. Dieses „312-Mark-Gesetz“, wie es meist abkürzend genannt wird, soll zwar — wie die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verlauten läßt — inzwischen „an Popularität gewonnen haben“, jedoch fehlt es bisher an einwandfreien Angaben, wie viele Be-

triebe für wieviel Arbeitnehmer von seinen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Die Popularität beruht augenscheinlich vorerst weniger auf rühmenswürdigen Leistungen zahlreicher Unternehmen zugunsten der Vermögensbildung ihrer Beschäftigten, als vielmehr auf der Publizität, die das Gesetz hervorgeufen hat.

In der Tat sind in den drei Jahren, die seit seinem Erlaß verflossen sind, in schneller Folge zahlreiche Schriften erschienen, die von dem Interesse zeugen, das mindestens weitere Kreise „der Wirtschaft“ für die damit angesprochenen Fragen haben. Zu ihnen zählt auch die Schrift von *Uecker*, die auf einem Referat beruht, das Ü. vor der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft gehalten hat. Sein Büchlein zeichnet sich dadurch aus, daß es nicht nur die wichtigsten gesetzlichen Vorschriften in einer sehr konzentrierten Form darstellt, sondern auch — und ebenfalls sehr gerafft — einige unerläßliche Begriffe (wie etwa den der Erfolgsbeteiligung) erläutert sowie bereits die Rechtsprechung berücksichtigt. Besonders eingehend werden die Steuerfragen behandelt, die das materielle Kernstück des Vermögensbildungsgesetzes sind. Gewerkschafter, die sich über die Auslegung dieses viel diskutierten Gesetzes aus Unternehmersicht informieren wollen, werden also diese Darlegungen mit manchem Gewinn lesen.

Wenn auch U. in den gleichen Fehler verfällt wie manche Ideologen der Vermögensbildung, indem er das Gesetz als einen „Markstein“ bezeichnet, so ist er sich doch offenbar darüber im klaren, daß Kritik am Platze ist. Ja, durch seine an den verschiedensten Stellen eingestreuten distanzierenden Bemerkungen wird die gewerkschaftliche Kritik der Vermögensbildungspolitik nachdrücklich bestätigt. So etwa, wenn U. nach einer kurzen Schilderung der bisherigen „ungezielten“ Förderungsmaßnahmen erklärt, daß sie „zum Teil eine Verschärfung der Vermögens- und Einkommensunterschiede zur Folge“ hatten. So auch, wenn er zugibt, daß die Vorschrift des Gesetzes, nur Einzelverträge oder Betriebsvereinbarungen als Vertragsformen für die Zusage vermögenswirksamer Leistungen zuzulassen, „höchstens für eine Übergangszeit Berechtigung haben“ möge und nach seiner Ansicht inzwischen klargestellt sei, daß Tarifverträge Rahmenregelungen für solche Leistungen vorsehen dürften. Tatsächlich ist diese Frage aber noch umstritten, und erst das von den Gewerkschaften beim höchsten deutschen Gericht eingeleitete Verfahren wird klarstellen, ob die Mehrheit des Bundestages berechtigt war, die Gewerkschaften dadurch zu diskriminieren, daß sie tarifvertraglich vereinbarte Vermögensbildungsleistungen von den Begünstigungen des 312-Mark-Gesetzes ausschloß. Realistisch

ist es ferner, wenn U. darauf hinweist, daß Erfolgsbeteiligungen „noch keine Partnerschaft“ bedeuten und wenn er vor Begünstigungen einzelner Gruppen von Arbeitnehmern warnt. Besonders bedeutsam aber — weil aus Unternehmersicht kommend — ist schließlich der vom Verfasser an einem Beispiel geführte Nachweis, daß über 50 vH der von einem Unternehmen erbrachten vermögenswirksamen Leistungen tatsächlich vom Staat in Form von Steuererzichten getragen werden und sich für das Unternehmen liquiditätswirksam auswirken.

Um so schwerer verständlich ist es, wenn Staatssekretär *Claussen*, der die Darlegungen Ueckers durch ein Grundsatzreferat einleitet, glaubt, daß mit dem Vermögensbildungsgesetz „die Weichen einer neuen sozial- und gesellschaftspolitischen Entwicklung gestellt worden“ sind, „die versorgungsstaatlichem Denken entgegenwirkt und die Institutionen des privaten Eigentums festigt“. Wenn ein Gesetz dem Staat die Hälfte der Aufwendungen aufbürdet, von denen der Laie annehmen muß, daß sie voll vom Unternehmer getragen werden, dann dürfte diese Weiche kaum vom versorgungsstaatlichen Denken wegführen. Und wieso es sich um eine neue sozial- und gesellschaftspolitische Entwicklung handelt, wenn das Gesetz — wie es der für seine Ausarbeitung verantwortliche Staatssekretär hier amtlich auslegt — die Institutionen des privaten Eigentums *festigen* soll, während doch das Neue nur darin bestehen könnte, sie zu *wandeln*, sie gesellschaftspolitisch fortschrittlich zu *verändern*, ist nicht einzusehen.

Dabei erkennt Claussen völlig richtig, daß es in unserer Arbeitnehmergesellschaft keine Möglichkeit gibt, „das private Eigentum an den Produktionsmitteln zu sichern und zu rechtfertigen, wenn seine ... ertragsfördernde Wirkung nur wenigen zugute kommt“. Die einzig konsequente Folgerung daraus wäre doch nur, solche Wege der Vermögensbildung zu beschreiten, durch die eine Beteiligung der breiten Volksschichten mindestens am laufenden Vermögenszuwachs gesichert wird, etwa so, wie es der *Gleitze-Plan* vorschlägt. Statt dessen sieht es Claussen ausdrücklich als einen Vorteil des 312-Mark-Gesetzes an, daß es sich an die Initiative des einzelnen Unternehmers wendet. Die Arbeitnehmer wollen aber bei der Vermögensbildung nicht vom freiwilligen Ermessen der Unternehmer abhängig sein! Eine Vermögensbildung für Arbeitnehmer über die Betriebe, die völlig freiwillig, ohne Mitwirkung und — wie beim 312-Mark-Gesetz — unter bewußter Ausschaltung der Gewerkschaften erfolgt, führt keineswegs zu neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, und es wäre sehr zu wünschen, daß die Vermögenspolitiker außerhalb der Gewerkschaften darüber mehr nachdenken würden.

*Dr. Kurt Hirche*

ARTHUR BOTTOMLEY  
THE USE AND ABUSE OF TRADE  
UNIONS

Ampersand Ltd., London 1963. 89 S., brosch. 3 Shilling and Sixpence.

Bottomley, Abgeordneter der Labour Party und Experte für die Verhältnisse in Afrika und Asien, ist außerdem ein Kenner der Gewerkschaftsbewegung. Er stellt in der bisher nur in englischer Sprache erschienenen, trotz ihrer Kürze sehr inhaltsreichen Schrift die richtige Anwendung gewerkschaftlicher Tätigkeit deren Mißbrauch durch kommunistische Parteien und von diesen beherrschte Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitglieder gegenüber.

Als Beispiel für den richtigen Gebrauch schildert er, nach einem Rückblick bis auf die Entstehung der Gewerkschaften, ihre gegenwärtige Tätigkeit in Großbritannien und zeigt, welche riesigen Erfolge in bezug auf den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der breiten Schichten der Arbeitnehmer erzielt worden sind. Er nennt die verschiedenen Organe der Zusammenarbeit Unternehmer- und Arbeitnehmerseiten sowie teilweise auch des Staates, wobei aber größter Nachdruck auf die notwendige Bewahrung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit vom Staat gelegt wird. Daß damit gewerkschaftliche Kämpfe durchaus Hand in Hand gehen können, wird ebenfalls unterstrichen. Auch das vorhandene Einwirken der Gewerkschaften auf die Politik, sei es durch direkte Kampagnen, sei es durch eine kollektive oder individuelle Mitgliedschaft von Gewerkschaften und Gewerkschaftern in der Labour Party, wird dem richtigen Gebrauch gewerkschaftlicher Tätigkeit zugerechnet.

Dem deutschen Leser fällt auf, daß von uns vertrauten Forderungen wie Mitbestimmung, Umverteilung der Vermögen, Eigentumsstreuung und ähnlichem keine Rede ist. Die Briten sind mehr pragmatisch orientiert, wissen aber, daß die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft auch gesellschaftsumgestaltende Ergebnisse mit sich führen kann. Für eine evtl. deutsche Ausgabe wäre aber doch eine gewisse Ergänzung der vorliegenden Schrift in der Weise zu wünschen, daß die Arbeitsmethoden und Ergebnisse der verschiedenen Zusammenarbeitsausschüsse etwas ausführlicher dargestellt würden.

Im 2. Teil der Schrift werden Beispiele für die Unterminierungstätigkeit der Kommunisten in den britischen Gewerkschaften und denen anderer Länder angeführt. Dabei wird die oft mangelnde gleiche Aktivität nichtkommunistischer Gewerkschaftsmitglieder gerügt. Es werden Dokumente und sonstige Beweise für die Unterordnung der kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unter das

Kommando der Kommunistischen Partei bzw. des von Moskau dirigierten Weltgewerkschaftsbundes gebracht. Dies wird als der Hauptpunkt des Mißbrauchs gewerkschaftlicher Tätigkeit herausgestellt.

Während nach Bottomley 94 vH der Mitglieder des Weltgewerkschaftsbundes in der Sowjetunion und ihren Satelliten leben, erstreckt sich die Tätigkeit des WGB zu 99 vH auf nichtkommunistische Gebiete. Der WGB propagiert in allen westlichen Ländern Streiks für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit u. dgl., während das alles für die Ostblockstaaten nicht in Frage kommt, weil sie angeblich friedlich, anti-imperialistisch und Arbeiterparadiese sind. Für diese Propagandatätigkeit werden Riesensummen ausgegeben, die in einem „Internationalen Solidaritätsfonds“ zusammenfließen. Besonders stark ist die Propaganda in den Entwicklungsländern, wofür B. zahlreiche Beispiele anführt. Auch die speziellen Verbindungen des FDGB der deutschen Sowjetzone in den Entwicklungsländern spielen eine Rolle.

Bottomley faßt das von ihm vorgelegte Beweismaterial in dem Urteil zusammen, daß der WGB und alle kommunistische Gewerkschaftstätigkeit, auch wenn sie sich als „unabhängig“ tarnt, zwei Gesichter zeigt: ein klassenkämpferisches für die Gebiete außerhalb des Sowjetblocks und ein anderes, immer den jeweiligen russischen Staatsinteressen angepaßtes innerhalb des Sowjetblocks. Schließlich weist B. auf die Rückwirkungen des russischchinesischen Konfliktes auf die Gewerkschaftsbewegungen verschiedener Entwicklungsgebiete hin; z. B. bemühen die Chinesen sich besonders stark um die Arbeiterbewegung in den lateinamerikanischen Staaten.

Von Zeit zu Zeit bezieht der WGB auch die Linie „Aktionseinheit mit nichtkommunistischen Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Basis“, wie das die Kommunisten von jeher taten, je nachdem, ob Moskau diesen Kurs begünstigte oder auch wieder abblies. Aber auch das ist unter die Rubrik „Mißbrauch gewerkschaftlicher Tätigkeit“ einzureihen.

*Irmgard Enderle*

**CARLO SCHMID,  
GAETANO MARTINO,  
CHRISTOPHER LAYTON**

EUROPA

Was wir sind — wo wir steten — wohin wir gehen.  
Herausgegeben von Thomas Raeber. Flamberg-Verlag, Zürich  
und Stuttgart 1960. 130 S., kart. 5,80 DM.

Die Schweiz spielt unter manchem Aspekt eine Sonderrolle unter den Staaten Europas, dennoch konnte sie die verschiedenen Bestrebungen zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in unserem Kontinent nicht völlig ignorieren. Auch sie muß sich mit dem

## **BUCHBESPRECHUNGEN**

Problem der Integration Westeuropas auseinandersetzen. In der kleinen Schrift, die Referate von Carlo Schmid, Gaetano Martino und Christopher Layton anlässlich einer Europa-woche und eines Kongresses Ende 1959 in Zürich enthält, äußert sich auch die Europa-Union, Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas, über aktuelle Fragen der schweizerischen Europapolitik. Es handelt sich dabei, wie der Herausgeber ausdrücklich bemerkt, um die Meinung einer Minderheit in der Schweiz, „die die schweizerische Politik stärker auf Europa ausgerichtet sehen möchte, als sie es bisher war“. Obwohl die Geschichte seit Abfassung der in diesem Büchlein wiedergegebenen Gedanken weitergeschritten ist, bleiben sie im Grunde doch gültig. *Dr. W. D.*

LOTHAR E. HERRWIGH

#### MENSCHEN OHNE SCHLÜSSEL

Luther Verlag, bitten. 291 S., Ln. 9,80 DM.

Dieses Buch eines protestantischen Gefängnispfarrers informiert klar, nüchtern und ohne pastorales Pathos über die Welt der Gefangenen und deren Probleme. Der Leser erhält, anhand vieler Beispiele und eigener Erlebnisse des Autors, ein anschauliches Bild von einer Seite unserer Gesellschaft, die vielen fremd ist. Schon diese Informationen machen das Buch interessant und lesenswert. Das aber ist noch nicht das Wesentliche, sondern die Basis für das, was dem Autor am Herzen liegt. Er will auf die Fragwürdigkeit unseres Strafvollzuges hinweisen, auf die Unsinnigkeiten und Grausamkeiten einer Justiz und einer Gesellschaft, die auch solche, die den festen Willen zu einem neuen Leben haben, wieder in die Hände ehemaliger Mitgefangener und auf die schiefe Bahn treibt. Er weist auf die bedenklichen Einflüsse hin, denen der zum ersten Mal Gestrauchelte im Zusammensein mit rückfälligen Verbrechern ausgesetzt ist und die unsere Gefängnisse zu „Hochschulen des Verbrechertums“ machen.

Starke Vorwürfe bekommt die Presse zu hören, deren zu ausführliche Berichte vielfach pädagogisch äußerst nachteilig und oft die Ursache für die Fehlentwicklung eines jungen Rechtsbrechers seien. Es wird gefordert, daß nicht unerfahrene und schlecht bezahlte Anfänger solche Presseberichte schreiben, sondern ältere Menschen mit Erfahrung und einem Gefühl für Takt und Verantwortung, die sich nicht um des Geschäfts willen hinreißen lassen, mit vagen Vermutungen und Verdachtsmomenten den Angeklagten, der noch nicht einmal verurteilt ist, zu verleumden und seine gesamte Zukunft zu ruinieren.

Ein weiteres Anliegen des Autors ist es, die religiöse Sphäre im Gefängnis darzustellen,

die Haltung, die der Gefangene gegenüber dem Pfarrer, dem Gottesdienst einnimmt, das starke Interesse, das er, der plötzlich unendlich viel Zeit hat, der in Not ist, religiösen Fragen widmet. Der Gefangene wird nicht abgelenkt durch Radio, Fernsehen und Kino und zeigt eine geistige Aufnahmefähigkeit, auch gegenüber Predigt und Bibelstudium, die erstaunlich ist. Hier machen sich Menschen noch — oder wieder — Gedanken über das, was sie gehört haben, über sich und über ihr Leben.

Nicht verwundert, aber doch erschreckt be-greift der Leser, daß es in erster Linie Krieg und Nachkriegszeit sind, die zu Unordnung und Bindungslosigkeiten führten und damit zu Straftaten oder Inhaftierungen, die in ge-regelten Zeiten unterblieben wären, daß wir also auch hier noch die Früchte der vergan-genen Jahrzehnte ernten, und der Autor ap-pelliert an jeden Menschen unserer Gesell-schaft, vorbeugen zu helfen. Bei den Entglei-sungen, die ständig geschehen, tragen alle Erziehungsberechtigten einen Anteil der Schuld: Elternhaus, Schule, Kirche und staat-liche Gemeinschaft. Diebereien kleinerer Kin-der, harmlos scheinende Betrügereien Jugend-licher, Quälereien an Schwächeren — sie alle deuten eine gefährliche Veranlagung an. Eben weil man die Gefahrensignale bei Kindern unbeachtet ließ, wurden so viele Jugendliche straffällig. Wenn sich staatliche Einrichtungen einschalten, ist es reichlich spät.

Hier spricht ein aktiver Christ und zugleich ein Mensch unserer Zeit. Es wäre zu wün-schen, daß viele sein Buch lesen — Christen und Nichtchristen — und über seine Worte nachdenken. *Erika Donner*

HERBERT W. FRANKE

#### PHÄNOMEN TECHNIK

Verlag F. A. Brockhaus, Wiesbaden 1962. 95 S., 32 Abb. auf Kunstdrucktafeln, geb. 14,50 DM.

Ohne sich in Details zu verlieren, entwickelt der Autor einen faszinierenden, mit eindrucks-vollen Bildwiedergaben ausgeschmückten Ge-dankengang zur Rolle der Technik in unserer individuellen und kollektiven Existenz. Von den Anfängen einer technischen Aufgliederung des Produktionsprozesses über die Spe-zialisierung bis zur Automation und zum Elektronengehirn gibt es eine Parallele im or-ganisatorischen, psychischen und wirtschaft-lichen Bereich. Der Verfasser verschweigt auch nicht gewisse noch ungelöste Widersprüche, die sich etwa als Folge der medizinischen Technik in Form von Überalterung und Bevölkerungs-explosionen einstellen. Eine recht eindrucks-volle Schrift, die auch dem jugendlichen Leser Anlaß geben wird, seine Umwelt in neuen Zu-sammenhängen zu erkennen. *Dr. Wolf Donner*